

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

Mit den Beilagen »Frauenrecht« und »Arbeitsrecht« • Erscheint jeden Donnerstag • Redaktionsschluß Sonnabend

Monatlich 1.50 M. durch alle Postämter • Insetate: Die 6-gespaltene Nonp.-Zeile bei Arbeitsmarkt, Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf. • Verlag und verantwortlich für die Redaktion: A. L a n k e s, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Telefon: A2 Flora 4933

Berlin, 29. September 1932 • 45. Jahrg. • Nr. 39

Wer wird Sieger sein?

Am 12. September hat mit der Auflösung des Reichstages ein neuer Akt der großen deutschen Revolution begonnen. Dieser großen politischen und sozialen Revolution, die 1918 mit einer beispiellosen Explosion einsetzte, damals aber zu geringen Widerstand fand, um aus sich selbst heraus weiter wachsen, aufsteigen und in kurzer Zeit mit vollem Siege enden zu können. Und deshalb nur zu oft als erledigt angesehen oder gar als eine Revolution bezeichnet wird, die eigentlich gar keine gewesen sei. Aber noch lebt diese Revolution, sie, die dem Proletariat nicht nur die politische, sondern gesetzlich auch zum ersten Male die wirtschaftliche Gleichberechtigung, sowie das Recht auf Arbeit bringen sollte und die Grundlagen hierzu zu einem guten Teile gebracht hat. Eine Tatsache, die von der Arbeiterschaft selbst nicht überall gewertet wurde, die aber dieser Revolution den Stempel einer großen, welthistorischen Umwälzung aufdrückt. Galt doch das Ringen um die dauernde Macht im Staate, das wir dann bis zur gegenwärtigen Stunde durchleben mußten, seitens der organisierten Arbeiterschaft im besonderen Maße dem Ziele, diese sozialen Errungenschaften zu verteidigen oder noch weiter auszubauen, seitens der kapitalistischen Mächte, sie zu zertrümmern oder im Werte herabzumindern!

Leider schien in diesem Kampfe die Sonne des Erfolgs den Reaktionären wärmer auf den Pelz als den Volksmassen!

Nicht nur, daß ein wahnsinniger Bruderhaß die proletarischen Kämpfer von Anfang an und fort und fort lähmte und eine Weiterentwicklung der Revolution hemmte — schneller noch und ebens so stark wurden die lodernden Flammen gedämpft und begrenzt durch den leiblichen und seelischen Hunger, dem ein großes Kulturvolk in den ersten Monaten nach vier Jahren Weltkrieg völlig zu erliegen drohte. Diesen Hunger zu bannen, war die dringendste und schwere Aufgabe, die es zu lösen galt. Wie schwer sie war, wie bestimmend sie auf die Bewegung der ersten Revolutionszeit wirkte, haben nur allzu viele damals nicht anerkennen wollen und viele heute wieder vergessen. Die Reaktion gewann aber durch diese harten Wirklichkeiten erst einmal genügend Raum und ergriff, nachdem ihr erster Schreck verfliegen war, jede Gelegenheit, ihren Widerstand gegen die festere Verankerung der erkämpften Volksrechte zu organisieren!

Wirtschaftliche Not in Verbindung mit der politischen Abhängigkeit von den Siegerstaaten erzwang also von Anfang an die Zurückstellung vieler Hoffnungen und Ideale und führte auch in der Folge auf innerpolitischem und sozialem Gebiete zur absteigenden Kurve. Durch eine unerhörte und untragbare finanzielle Belastung des Volkes wurde obendrein das Aufleben überspannter „nationaler Gefühle“ propagiert und ins Maßlose gesteigert; den im Grunde genommen sehr verschiedenen reaktionären Elementen war der Anlaß gegeben, sich gegenseitig wieder zusammenzufinden und erneut in den Vordergrund zu drängen. Alles mußte ihnen nun zum Besten dienen — selbst Inflation und schwerste Weltwirtschaftskrise wußten sie zu ihrer Machtstärkung auszunützen. In allen Schattierungen, allen möglichen Verkleidungen traten sie auf den Plan und die, die in der erborgten und verzerrten Maske des Sozialismus agierten, fanden einen so großen Zulauf, daß sie schon das Wettrennen um die Macht zu gewinnen hofften. Retter wollten sie alle sein, Retter aus den Klauen des

Marxismus, Retter aus sozialer und politischer Not und ehe noch ein Teil der Proletarier begriffen hatte, daß neben den noch vorhandenen Errungenschaften der Revolution auch solche der früheren gewerkschaftlichen Kämpfe auf dem Spiele standen — ja, womöglich die Organisationen selbst! —, war im anderen Lager das Ringen der zur Herrschaft strebenden Parteien auf seinem Höhepunkt angelangt und jetzt rollt nun in der Gegenwart das große Spektakelstück ab, das uns zeigt und eindringlich lehrt, wie unbeschwert von Rücksichten auf das Volksganze und das Volkwohl, wie unbeschwert von Skrupeln über gegebene Versprechungen, mit anderen Worten, wie brutal und geradezu grausam andere handeln können, wenn sie unter allen Umständen an die Macht kommen oder sich in ihr halten wollen!

Die Geschehnisse spielen sich ja nur allzunah und allzu eindringlich vor unseren Augen ab, um sich hier weiter mit der Frage beschäftigen zu müssen, wie im einzelnen in letzter Zeit alles so schön gekommen ist! Wie herrlich weit wir es gebracht haben! Wer als Arbeiter in den letzten schweren Jahren seine Pflicht innerhalb seiner gewerkschaftlichen Organisation und innerhalb der republikanischen Front nicht getan hat oder dazu beitrug, die heutigen Zustände dadurch möglich zu machen, daß er die Uneinigkeit der Arbeiterklasse förderte, kann heute erkennen, was er angerichtet hat. Aber wir haben uns heute an dieser Stelle nur zu fragen und klar zu werden, ob wir, zur Stunde in Verteidigungsstellung, befürchten müssen, noch weiter zurückgedrängt zu werden, oder ob wir die Fahnen des sozialen Aufstiegs in absehbarer Zeit wieder sieggewohnt — und siegbewußt nach vorn tragen können!

Wir glauben das letztere! Wir werden es auch, weil wir es wollen und weil wir wissen, daß die Hoffnung der Gegner, die Gewerkschaften entscheidend machtlos machen zu können, nicht in Erfüllung gegangen ist. Selbst die größten Scharfmacher und ihre Sachwalter in der heutigen Regierung haben sich zähneknirschend damit abfinden müssen, daß sie doch auf Granit gebissen haben, als sie sich an die organisierte Arbeiterschaft heranmachten. Sie erklären heute mit süßsaurer Miene, sie denken nicht daran, die Gewerkschaften vernichten zu wollen, die

Grundlagen des Tarifrechts anzugreifen, die Sozialpolitik aufzugeben, weil der Wert dieser Einrichtungen sich erwiesen habe. Die Herren sollten nur ruhig eingestehen: „Wir möchten gern, aber wir können leider nicht!“ Wohl wußten sie nur zu gut, daß die Arbeiterschaft noch immer nicht auf der ganzen Linie einig zusammenhielt, und sie hatten deshalb ihre Hoffnungen, aber trotzdem: zu millionenhaft stehen die Massen in den Gewerkschaften, zu millionenhaft stehen sie hinter ihren politischen Vertretungen, zu millionenhaft sind die Summen, die sich die organisierte Arbeiterschaft in einem wundervollen Opfermute zu dem edlen Zwecke auferlegte, ihre soziale Lage aus eigener Kraft zu heben, zu vieltalig und gewaltig sind auch die wirtschaftlichen Einrichtungen, die sie sich schon errichten konnten! Es wagt keiner der edlen Herren von und zu Itzenplitz, und auch keiner ihrer braunen Gegenspieler würde es ernstlich wagen, Hand an die Organisationen der Arbeiterschaft zu legen, denn alle wissen, daß ein solches Unterfangen schon ganz anderen Kerlen vorbeigelungen ist!

Es darf also kein organisierter Arbeiter heute unentschlossen, zagend und kleimütig beiseite treten, weil die Reaktionen sich wieder einmal auf den Kutschbock setzten und die Zügel anscheinend recht lange in der Hand behalten möchte. Da diese Wagenlenker schon viel zuviel von allem, was uns teuer war, überfahren, zertrümmert oder ramponiert haben, gilt es jetzt, ihnen die Zügel baldigst wieder zu entreißen und anderen in die Hände zu legen. Natürlich keinem, der die Karre vollends hin und her schleudern könnte, bis wir ganz im Drecke liegen! Und daß es uns gelingt, dem Volke wieder festen Kurs und festes Ziel zu bringen, dafür bürgt uns eben die Stärke, die wir immer noch genügend für große Kämpfe in uns fühlen.

Mit frischem Mute vorwärts und aufwärts! Tue jeder mit klarem Kopfe und begeistertem Herzen in den nächsten Wochen — die bedeutsame Entscheidungen bringen müssen! — seine Pflicht gegen die Organisation und gegen die Partei! Der Sieg wird mit der Arbeiterschaft sein!

F. Weidler, Hamburg.

Die Verbandsinstanzen zur Situation

Verbandsvorstand und Verbandsausschuß sowie Gauleiter nahmen Stellung zur Lage, wie sie durch die Notverordnung vom 5. September 1932 geschaffen wurde. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß die Verordnung als das gekennzeichnet wurde, was sie anstrebt, nämlich eine abermalige Verschlechterung der materiellen Verhältnisse der Arbeiter zugunsten des Besitzes. Die Notverordnung will ersten Willen der Regierung, um Mehrarbeit zu schaffen, vortäuschen. Nicht mehr Arbeit wird durch die Verordnung geschaffen, sondern durch die Ermächtigung der Unternehmer bei Verkürzung der Arbeitszeit und der dadurch sich ergebenden Notwendigkeit mehr Arbeiter einstellen zu müssen, nur die Lohnsumme bzw. noch etwas weniger an mehr Arbeiter verteilt. Einmal diese Lohnersparnis, dann noch für jeden neu eingestellten Arbeiter und Vierteljahr 100 Mk. aus öffentlichen Steuergeldern erhalten jene Unternehmungen als Geschenk, deren sozial rückständige Einstellung es nicht zuließ, wie es z. B. von unserem Verband seit mehr als 2 Jahren

in den Brauereien mit Erfolg betrieben wurde, die Arbeitszeit zu verkürzen.

Die Verbandsinstanzen waren einig darin, daß bei den wiederholt erfolgten Verschlechterungen, die die Kollegen infolge der Krise mit oder ohne Notverordnung hinnehmen mußten, die Notverordnung vom 5. September nur geeignet ist, die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter stark herabzudrücken, deren Auswirkungen in noch stärkerer Schrumpfung des Verbrauchs ausmünden werden.

Der Verbandsvorstand wurde ermächtigt, soweit die Voraussetzungen dazu erfüllt sind, gegen die Versuche auf noch stärkere Herunterdrückung der Lebenshaltung mit den gewerkschaftlichen Mitteln anzukämpfen. Solche Maßnahmen bedingen aber absolute Geschlossenheit der Kollegen in unserem Verband. Um von Verbands wegen den gestellten Anforderungen genügen zu können, wurden die Sätze für alle sozialen Unterstützungen mit Ausnahme der bei Arbeitslosigkeit gekürzt. An der

Streikunterstützung wurde nichts geändert. Näheres darüber wird den Ortsgruppen noch mitgeteilt.

Die Ärmsten der Armen sind die arbeitslosen Mitglieder. An sie wurde insofern gedacht, als beschlossen wurde, ihre Anerkennungsbeiträge von 10 auf 5 Pf. herabzusetzen mit der Maßgabe, daß bei späterer Aufrechnung derselben zu Vollbeiträgen auch die Beiträge zu 5 Pf. als solche zu 10 Pf. gerechnet werden. Mitglieder, die in Arbeit stehen, und Arbeitslose haben es insofern in der Hand, den Verband zur energischen und erfolgreichen Abwehr angebotener Verschlechterungen zu befähigen, indem sie dazu beitragen, daß der letzte in den für uns zuständigen Betrieben beschäftigte Kollege unserem Verband zugeführt wird.

Wochenschau

Reichstagsneuwahlen am 6. November. Das Reichskabinett hat beschlossen, am letztzulässigen Termin nach der Reichsverfassung die Reichstagswahlen am 6. November stattfinden zu lassen.

Abrüstungskonferenz ohne Deutschland. In Genf wurde am 21. September die Abrüstungskonferenz unter dem Vorsitz Hendersons eröffnet. Deutschland nimmt an den Verhandlungen nicht teil.

Auflösung des Preußenlandtages abgelehnt. In der Sitzung des Preußischen Landtags am 21. September wurde ein kommunistischer Antrag auf Auflösung mit den Stimmen der Nazis abgelehnt, da sie gegen seine Auflösung sind.

Königsberger Bombenattentäter verhaftet. Vier nationalsozialistische Bombenattentäter aus Königsberg wurden in Linz (Oesterreich) verhaftet. Ihre Auslieferung nach Deutschland wird baldigst erfolgen.

Reichsbannerortsgruppen aufgelöst. Die Reichsbannerortsgruppe Richtenberg in Pommern und Ohlau in Schl. wurde durch den Reichskommissar für Preußen aufgelöst. Als Grund werden die Zusammenstöße mit den Nazis angegeben.

Hitlers Unfähigkeit. Zu der Erklärung Schleichers, nicht an einem Präsidialkabinett teilzunehmen, wird jetzt der Öffentlichkeit folgendes mitgeteilt. Straßer von der Nazipartei beschwor am Vorabend der Reichstagsauflösung den Reichswehrminister Schleicher, auf Hitler einzuwirken, daß er auf den Reichskanzlerposten verzichte, da er nicht fähig sei, diesen Posten zu bekleiden.

Nazipartei verliert an Einfluß. Auf einer Reichstagung nationalsozialistischer Aerzte in Braunschweig erklärte Straßer, die NSDAP. befinde sich in einer unangenehmen Situation, da die Tolerierung des Freiherrnkabinetts durch die Nazis seiner Partei 1½ bis 2 Millionen Stimmen gekostet habe. Für den kommenden Wahlkampf erwarte man einen beträchtlichen Stimmenrückgang.

Frankreich ändert Zinsendienst. Die französischen Kriegs- und Staatsanleihen wurden bisher mit 7 Proz. verzinst. Durch Gesetz erfolgt jetzt nur noch eine Verzinsung in Höhe von 4½ Proz.

Arme Städte. Köln und Düsseldorf können zum 1. Oktober den fälligen Zinsendienst und Anleiheabzahlungen nicht leisten. Koburg, das vielgepriesene Naziparadies, hat sich ebenfalls an die bayrische Regierung um Hilfe gewendet.

Hilfsaktion für Banken und Landwirtschaftsgenossenschaften. Von Reichs wegen wurde eine Industrie-Finanzierungs-A.-G. (Ifi) ins Leben gerufen, die als Amortisationskasse fungieren soll. Das vorläufige Aktienkapital beträgt 30 bis 50 Mill. Mk.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Schweden. Bei den Reichstagswahlen in Schweden hat die Sozialdemokratie einen gewaltigen Sieg mit 104 Mandaten errungen. Die Minderheitsregierung Hamrin ist zurückgetreten und der sozialdemokratische Abgeordnete Per Hansson mit der Neubildung der Regierung beauftragt worden.

Gandhi im Hungerstreik. Gandhi, der Führer der unterdrückten indischen Klassen, ist am 20. September in den Hungerstreik eingetreten. Gandhi will bis zu seinem Tode fasten, falls die englische Regierung nicht vorher seinen Forderungen entspricht.

Polnisch-französisches Militärbündnis. Das mit dem 15. September 1932 abgelaufene französisch-polnische Militärbündnis wurde um weitere 10 Jahre verlängert.

Erfolgreiche Streiks gegen Lohnraub

Die Regierung Papen hat sich gründlich verspekuliert, wenn sie glaubte, die Arbeiterschaft würde die Notverordnung vom 4. September freudigst aufnehmen. Die in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft setzt sich gegen den Lohnraub kräftig zur Wehr. Berichte über erfolgreiche Abwehrkämpfe liegen bereits vor. Es ist nicht so, wie die Unternehmerreaktion vermutet hat, daß die Gewerkschaften durch die langandauernde Wirtschaftskrise zermürbt sind und Kämpfe nicht mehr durchführen können.

Die Einstellung des Bundesausschusses in seiner letzten Sitzung hat wesentlich zu der Kampfstimmung beigetragen. Die kommunistischen Parolen finden erfreulicherweise nirgends Anklang. Die organisierte Arbeiterschaft weiß nur zu gut, wenn diesen Parolen Folge geleistet würde, dann wäre es dem Unternehmertum wirklich leicht, den Bestimmungen in der Notverordnung nachkommen zu können. Die Betriebsbelegschaften befolgen daher die Anordnungen ihrer Gewerkschaften, sie haben damit mehr Glück und können auch erfolgreich die Abwehrkämpfe durchführen.

So muß es auch in der kommenden Zeit bleiben, wenn wir dem Lohnraub erfolgreich begegnen wollen. Es darf in der gegenwärtigen Zeit kein Mißmut und keine Gleichgültigkeit aufkommen. Nur im engsten Zusammenschluß und durch gemeinsames Handeln werden wir die Abwehrkämpfe mit Erfolg führen können.

Der Verbandsvorstand hat auch diesbezügliche Anordnungen an die Gau-, Bezirksleiter und Ortsgruppenvorstände hinausgehen lassen. Es sollten daher nirgends Abmachungen von den Betriebsvertretungen mit dem Unternehmertum auf Grund der Notverordnung getroffen werden. In solchen Fällen wird es der Organisation unmöglich sein, für die Kollegenschaft die alten Lohnsätze wieder zu erringen. Die Kollegen und Kolleginnen dürfen sich daher unter keinen Umständen darauf einlassen, selbständig zu handeln unter Ausschaltung der Organisation. Sie müssen stets bedenken, daß solche getroffenen Abmachungen unsere Tarifverträge ungemein gefährden müssen. Wir haben bereits an anderer Stelle den Nachweis erbracht, daß die Notverordnung vom 4. September einen anderen Charakter besitzt als die Dezernernotverordnung vom vorigen Jahr.

Während nach der Dezernernotverordnung über den Lohnabbau mit den Tarifparteien verhandelt werden mußte und die Verhandlungsergebnisse Bestandteile der Tarifverträge wurden, ist in der Verordnung vom 4. September eine Kann-Bestimmung enthalten, wonach einseitig der Unternehmer eine Lohnreduzierung bei Einstellung neuer Arbeitskräfte unter Ausschaltung der Vertragsparteien vornehmen kann. Es liegt daher in erster Linie an den Betriebsbelegschaften, die Durchführung dieser Kann-Bestimmungen durch ihre Geschlossenheit zu verhindern. Die Kollegen und Kolleginnen werden stets auf die Hilfe der Organisation rechnen können. Änderungen der Vertragsbestimmungen können nur mit den Vertragsparteien selbst vorgenommen werden. Erst dann, wenn solche Verhandlungen scheitern, kann der Schlichter angerufen werden. Dieser Grundsatz muß unter allen Umständen beibehalten werden. Werden diese Ratschläge überall befolgt, dann werden die Unternehmer nicht noch Sondergewinne auf Kosten der Arbeiterschaft machen können. Geschlossenheit und einheitliches Handeln ist in der gegenwärtigen Zeit dringender notwendig denn je. Nur dann sind wir in der Lage, unsere Lebenshaltung zu sichern, wenn wir dem Unternehmertum schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

25 Jahre Jugend-Internationale

Internationale Rote Jugendwoche vom 2. bis 9. Oktober.

Es sind jetzt 25 Jahre her, daß in Stuttgart gelegentlich des Internationalen Sozialistenkongresses die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Jugendverbände vorgenommen wurde. Angeschlossen waren die sozialistischen Jugendverbände in Belgien, Deutsch-Oesterreich, Ungarn, Böhmen, Schweiz, Italien, Spanien, Großbritannien, Holland, Deutschland, Schweden, Dänemark, Australien und Frankreich. Ein Arbeitsprogramm für die internationale Organisation und für die angeschlossenen Verbände wurde aufgestellt. Darin wurden die Hauptaufgaben internationaler sozialistischer Jugendarbeit in Bildungsarbeit, Kampf für Jugendschutz, Kampf gegen den Militarismus abgegrenzt. Eine gute internationale Zusammenarbeit wurde eingeleitet. Durch den Weltkrieg wurde der internationalen sozialistischen Jugendarbeit großer Schaden zugefügt. Nicht nur daß die Beziehungen zerrissen wurden durch die Meinungsverschiedenheiten in der Arbeiterbewegung über die Möglichkeiten einer schnellen Beendigung des Völkermordens, die schließlich zur Spaltung führten, es

spaltete sich auch die Jugend-Internationale. Die abgesplitterten Gruppen schlossen sich im Jahre 1919 zur Kommunistischen Jugend-Internationale zusammen.

Nach Beendigung des Krieges lebten die Beziehungen der sozialistischen Jugendverbände sofort wieder auf. Pfingsten 1921 wurde in Amsterdam die Arbeiter-Jugend-Internationale gegründet. Sie war nur eine Teilorganisation; es gehörten ihr diejenigen Jugendverbände an, die sich in Deutschland zur Mehrheitssozialdemokratie bekannten. Die Arbeiter-Jugend-Internationale betonte stark den Erziehungscharakter der Jugendverbände und stellte vor allem die kulturellen Aufgaben in den Vordergrund. Sie schloß sich im übrigen den Beschlüssen von Stuttgart eng an; sie proklamierte den Kampf gegen den Krieg und beschloß ein weitgehendes Jugendschutzprogramm.

Unmittelbar vor dem Amsterdamer Kongreß erfolgte in Wien die Gründung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen. Ihr gehörten solche Jugendverbände an, die sich in Deutschland zur Unabhängigen Sozialdemokratie bekannten. Ziel dieser Wiener Internationale war die Wiedervereinigung der nunmehr bestehenden drei internationalen Verbindungen.

Während sich sehr bald die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten herausstellte, bahnte sich zwischen der Arbeiter-Jugend-Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen eine Arbeitsgemeinschaft an. Im August 1922 wurde auf einer gemeinsamen Besprechung in Salzburg Einmütigkeit über ein Aktionsprogramm für Jugendschutz erzielt. Nach der Einigung der deutschen sozialistischen Bewegung im Herbst 1922 machte auch die internationale Einigung der Jugend schnelle Fortschritte. Pfingsten 1923 wurde in Hamburg zugleich mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale die Sozialistische Jugend-Internationale gegründet. Nach einem Jahrzehnt des Niedergangs und der Zerrissenheit entstand das Werk von Stuttgart gefestigt und gestärkt, der Weg zu neuem Aufstieg war frei.

In den fünfundsiebenzig Jahren ihres Bestehens ist die Sozialistische Jugend-Internationale von 17 Verbänden mit 49 725 Mitgliedern auf 54 Verbände mit 272 131 Mitgliedern gewachsen. Vor allem in der Nachkriegszeit hat sich die Arbeit der Internationale außerordentlich gut entwickelt. In erster Linie ist hier die Arbeit für den Jugendschutz zu nennen. Auf diesem Gebiet besteht eine enge Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Internationalen Gewerkschaftsbund, der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und der Sozialistischen Jugend-Internationale. Diese drei internationalen Organisationen haben sich auf ein Aktionsprogramm geeinigt, das die Grundlage der internationalen Jugendschutzarbeit bildet. Im Kampf gegen den Krieg hat die Sozialistische Jugend-Internationale stets mit der gewerkschaftlichen und politischen Internationale zusammengewirkt. Aus Anlaß der Genfer Abrüstungskonferenz fand Ende Mai 1932 in Zürich die erste gemeinsame Tagung von Vertretern aller internationalen sozialistischen Jugend- und Erziehungsorganisationen statt, die mit der Annahme einer Kundgebung für Abrüstung und Völkerfrieden endete.

Um den Massen der sozialistischen Jugend die internationale Verbundenheit der Arbeiterschaft lebendig zu machen, hat die Sozialistische Jugend-Internationale in der Nachkriegszeit eine Reihe großer internationaler Veranstaltungen durchgeführt. Den Höhepunkt dieser Arbeit bildeten die beiden internationalen Jugendtreffen; das erste war Pfingsten 1926 in Amsterdam und das zweite war 1929 im roten Wien. Beide Treffen vereinigten junge Arbeiter und Arbeiterinnen aus den meisten europäischen und einigen außereuropäischen Ländern. Die Veranstaltungen wurden zu mächtigen Kundgebungen für die internationalen Ideen der sozialistischen Bewegung. Neben diesen zentralen Veranstaltungen haben eine große Zahl von internationalen Treffen und von Auslandswanderungen stattgefunden. Alle größeren Jugendtage der einzelnen Verbände waren stark besetzt durch ausländische Delegationen. Seit dem Jahr 1926 wird in allen Ländern mit sozialistischen Jugendorganisationen am 1. Oktober der Internationale Jugendtag gefeiert. In diesem Jahre beginnt mit dem Internationalen Jugendtag am 2. Oktober eine Internationale Rote Jugendwoche zum fünfundsiebenzigjährigen Bestehen der Jugend-Internationale.

In allen Ländern der Welt werden die jungen Sozialisten die arbeitende Jugend zum Kampf für Jugendschutz und gegen die Kriegsgefahren aufrufen. Der Abschluß der Internationalen Roten Jugendwoche am 9. Oktober fällt zusammen mit der Eröffnung des vierten Internationalen Jugendkongresses in Prag. Auf diesem Kongreß sollen Mittel und Wege gefunden werden, um den Kampf der internationalen Arbeiterjugend gegen ihre internationalen Ausbeuter verstärkt fortsetzen zu können.

Organisiert auch die Frauen!

Am 1. Oktober ist der 41. Wochenbeitrag fällig

Erfolgreich beendeter Brauereiarbeiterstreik

Brauerei Humbser, Fürth, will sich auf Kosten der Arbeiter sanieren.

Die Belegschaft der Brauerei Humbser in Fürth legte in der vorigen Woche einmütig die Arbeit nieder. Die Ursache dazu lag in dem Verhalten der Direktion, die umfangreiche Entlassungen durchführen wollte. Die Zahl der zur Entlassung bestimmten Arbeiter war so groß, daß mit der verbleibenden Belegschaft die Arbeit nur hätte geleistet werden können, wenn die Arbeitskraft des einzelnen unerhört ausgebeutet worden wäre. Es war also gutes Recht der Belegschaft, wenn sie sich dagegen zur Wehr setzte, zumal sie mit einer Verringerung der Arbeiterzahl in einem wesentlich beschränkterem Ausmaße zwangsläufig einverstanden war. Die Direktion hat durch ihr starres Festhalten an ihrem Verlangen jeden Versuch zur friedlichen Beilegung des Konfliktes zum Scheitern gebracht. Es blieb damit gar nichts anderes übrig als die Arbeit einzustellen.

Die tieferen Ursachen der plötzlich einsetzenden Sparwut, die merkwürdigerweise immer an der Arbeiterschaft ausgelassen wird, liegen in der früher recht sorglosen Geschäftsführung, die den bisherigen Direktor die Stellung gekostet hat. Für Fehlinvestitionen und falsche Geschäftsführung die Arbeiterschaft bluten zu lassen, davor sollte sich auch der neue Direktor hüten.

Der Streik ist nach wenigen Tagen erfolgreich beigelegt worden. Das erzielte Ergebnis hätte bestimmt auch vorher erreicht werden können.

Eine recht lächerliche Rolle haben bei den Auseinandersetzungen die Kommunisten gespielt. In der Brauerei selbst haben sie keine Anhänger. Sie wollten den Streik benutzen, um sich populär zu machen. Es ist dies danebengegangen. Sie haben nämlich über Ursache und Ziel des Streikes keine Ahnung gehabt und ihre Agitation nur mit den Phrasen betrieben, die alltäglich in den kommunistischen Zeitschriften zu lesen sind. Sie werden aber trotz alledem bei passender Gelegenheit behaupten, der Streik sei durch die RGO. zum erfolgreichen Ende geführt worden.

Rekordleistung

40 Prozent Lohnkürzung

Im November des vorigen Jahres forderten die Münchener Faßfabrikanten einen weiteren Lohnabbau. Der erste erfolgte am 12. Januar 1931 von 1,12 Mk. auf 1,06 Mk. in der Spitze. Im August wesentliche Verschlechterungen des Mantelvertrages durch Schiedsspruch. Beim Landesschiedlicher wurde dann durch Vereinbarung vom 14. November 1931 an der Stundenlohn auf 1 Mk. und vom 1. Januar 1932 an auf 98 Pf. für Schäffler über 22 Jahre festgelegt. Geheimrat Drexler erklärte damals, daß nur die hohen Löhne schuld an der Arbeitslosigkeit seien und nur eine Lohnsenkung Arbeit und Verdienst bringen kann. Durch die vierte Notverordnung wurde der Stundenlohn auf 92 Pf. pro Stunde gekürzt. Die Folge dieser Lohnsenkung war die Stilllegung der Faßfabrik Drexler auf mehrere Monate; andere Faßfabriken mußten länger aussetzen und die Beschäftigten vermindern. Um das Arbeitsverhältnis und die Löhne weiter zu verschlechtern, kündigten die Unternehmer den Tarif und das Lohnabkommen zum 31. Juli 1932. Da die Faßfabrikanten nichts hören ließen, wurde der Schlichtungsausschuß vom Verband angerufen, mit dem Antrag auf Weiterbestehen des Vertrages und der Löhne. Bei der Verhandlung erklärte der Syndikus, daß die Faßfabrikanten kein Interesse mehr an einem Vertrag haben und beantragte dennoch Herabsetzung des Spitzenstundenlohnes auf 78 Pf. und weitere Verschlechterungen des Mantelvertrages. Eine Einigung scheiterte. Durch das Verhalten der Unternehmer kam bis zum 31. Juli ein Abschluß zustande. Der Tariflohn von 92 Pf. bestand zu Recht weiter. Drexler bezahlte aber seinen Schäfflern für 40 Stunden Wochenarbeit 27 Mark „Vorschuß“ unter Protest der Gehilfen. Strobl bezahlte 85 Pf. pro Stunde. Bei der Hauptverhandlung am 6. September vor dem Schlichtungsausschuß brachte ein mit Mehrheit gefällter Schiedsspruch eine weitere Verschlechterung. Der Spitzenlohn wurde auf 82 Pfennig ab 1. September festgelegt.

Die Versammlung der Schäffler und Hilfsarbeiter am 9. September nahm mit Empörung Kenntnis von dem unmöglichen Schiedsspruch. Es wurde festgestellt, daß durch Lohnabbau und Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden seit 12. Januar 1931 die Senkung 40 Prozent beträgt. Hinzu kommt noch eine monatelange Arbeitslosigkeit. Einmütig waren die Kollegen der Auffassung, lieber tariflos zu werden als diesen Verschlechterungen ihre Zustimmung zu geben. In geheimer Abstimmung wurde der Schiedsspruch einstimmig abgelehnt.

Daß durch einseitigen Lohnabbau die Wirtschaft nicht belebt werden kann, wissen die Unternehmer

sehr gut. Niemand kann sich davon soviel kaufen, um nur die Arbeitskraft zu erhalten. Dabei jammern sie über den Rückgang des Bierkonsums und den Rückgang an Aufträgen von den Brauereien. Sie helfen aber selbst kräftig mit, den Konsum auf das äußerste zu drosseln. Für das Bedauern Drexlers können sich die Arbeiter nichts kaufen.

Profitiert von der „Wirtschaftsbelebungs“ das Fleischergewerbe?

Kaufkraftmord bedingt das Gegenteil!

Unter dem Titel „Wirtschaftsbelebungs“ verheißt die Regierung sehr viel. Es bleibt abzuwarten, wie das Ende aussieht. Tatsache bleibt der Lohnraub, die Kaufkraftdrosselung und Zunahme des Konsumrückganges. Dieser Katzenjammer hat bereits den

40 Jahre Treue zum Verband



Hermann Bachert
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 6. 8. 1889

Paul Kühn
Brauereiarbeiter, Berlin
Eingetreten 15. 4. 1889

J. Burgold
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 15. 1. 1890



Wilhelm Friedrich
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 12. 4. 1890

Luis Rumpf
Böttcher, Hamburg
Eingetreten 2. 2. 1890

Anton Wirth
Böttcher, Frankfurt a. M.
Eingetreten 1. 6. 1890

Mittelstand ergriffen, der nur dann profitieren kann, wenn der Arbeiter kaufkräftig ist. Diese Kreise gingen aber stets mit allen Scharfmachern Hand in Hand und sekundierten mit ihren abbauwütigen Forderungen die Reaktion. Und heute?

Die notverordnete Lohnsenkung wirkt sich in vollem Ausmaße zu ihrem Schaden aus. Die „Fleischer-Verbandszeitung“ sieht in Nr. 209 die Katastrophe kommen, indem sie schreibt: „... steht auch die andere Möglichkeit gegenüber, daß wir am Ende des Prozesses eine Senkung des gesamten Lohnniveaus ohne Veränderung der Produktions- und Arbeitsverhältnisse erleben.“ Folgerichtig, jedoch zu spät sieht sie ein, daß „nur eine Arbeiterschaft, die vor Not geschützt ist, uns Käufer in die Läden bringt“. Nachdem sie endlich begreift, daß der Mittelstand, insbesondere die Fleischermeister ein gerüttelt Maß Schuld an dieser Entwicklung haben, denn sie päppelten die Faschisten groß, die wiederum die Reaktion stärkten, ergreift sie der Katzenjammer. Daran ändert auch der Stoßseufzer der „Fl.-Vztg.“ nichts, „wir können keine Begeisterung für die neuen Maßnahmen aufbringen“.

Es bleibt vielmehr der Arbeitnehmerschaft im Fleischergewerbe überlassen, dank ihrer starken Gewerkschaft in Gemeinschaft mit der übrigen Arbeiterschaft um die Beseitigung des Katastrophen-Wirtschaftsprogramms zu kämpfen. Wir haben früh und oft genug vor der Zertrümmerung der Kaufkraft gewarnt. Wir wissen auch, so notwendig das Fleisch als wichtiges Nahrungsmittel angesehen werden muß, wenn der Arbeiter den Schmachtriemen enger

Max Fiedler, 25 Jahre Verbandsangestellter



Der Hauptkassierer unseres Verbandes, Kollege Max Fiedler, begeht am 1. Oktober sein 25jähriges Angestelltenjubiläum. 1907 wurde unser Jubilar als Hauptkassierer im Fleischerverband angestellt. Bei der Gründung der Fleischerorganisation 1901 in Dresden übernahm er die Kassengeschäfte und später die Leitung der

Organisation, 1907 wurde ihm die Gauleitung für Sachsen-Thüringen übertragen. Seine Tätigkeit in der Hauptverwaltung währte nur wenige Jahre. 1909 wurde er mit der Reorganisation der Ortsgruppe Hamburg als Geschäftsführer betraut und von 1910 bis 1914 war er Gauleiter in Hamburg und Kiel für den Gau Norden. Kollege Fiedler wurde bei Beginn des Krieges zum Militärdienst eingezogen; trotzdem führte er die Geschäfte des Gaus weiter. Nach Beendigung des Krieges trat er wieder in die Hauptverwaltung ein, wo er von 1919 bis zum Zusammenschluß zur Einheitsorganisation die Kassengeschäfte leitete. Bei der Fusion zur heutigen Organisation wurde Kollege Fiedler als Hauptkassierer in Vorschlag gebracht und auch auf dem Einigungsverbandstag gewählt.

Was unser Jubilar in den Jahren im Interesse der Organisation geleistet hat, ist allen aus unseren Jahrbüchern ersichtlich. Es war bestimmt nicht leicht, die alten Traditionen der früheren Verbände zu einem Guß zu vereinheitlichen und die Kassensführung nach modernen Gesichtspunkten auszugestalten. Hierbei hat Kollege Fiedler Hervorragendes geleistet. Daß die Durchführung seiner Anordnungen manchenmal nicht gern gesehen wurde, ist aus den früheren kleinen Verhältnissen in den einzelnen Verbänden verständlich. Manchmal mußte er auch strenge durchgreifen, um in seiner Abteilung im Interesse der Organisation Ordnung zu schaffen. Mag sein, daß er da und dort auf Hindernisse gestoßen ist, aber durch seine rastlose Tätigkeit ist heute ein gut ausgebautes vorbildliches Kassenswesen in allen Ortsgruppen vorhanden.

Kollege Fiedler war in seiner früheren Organisation nicht nur Verwaltungsbeamter, sondern er war auch hervorragend agitatorisch bei seinen Berufskollegen tätig. Der gewerkschaftliche Aufstieg der Fleischerkollegen vollzog sich auf steinigem Wege, denn viele Hindernisse mußten überwunden werden. Hinzu kam die feindliche Einstellung des Unternehmertums, das bestimmt vor keinem Mittel zurückschreckte, um den Aufstieg der Gewerkschaft zu verhindern. In diesem großen Ringen um die Gestaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen wie auch im Kampfe gegen das reaktionäre Unternehmertum und die unerhörte Ausbeutung, wie sie im Fleischergewerbe allgemein üblich war, stand von Anbeginn unser Jubilar in den vordersten Reihen. Wenn nunmehr die Fleischerkollegen sich einen starken wirtschaftlichen Rückhalt durch ihre gewerkschaftliche Organisation schaffen konnten, so hat daran wesentlich auch unser Jubilar mit Anteil.

Wir wünschen, daß unser „Finanzminister“ noch lange Jahre der wichtigen Kassenabteilung unserer Organisation als Leiter vorstehen möge und daß er in die Lage versetzt wird, bald wieder den eingeschrumpften Vermögensbestand des Verbandes aufzufüllen zu können.

schnallt, die Einschränkung auf Kosten des Fleischgenusses vor sich geht.

Die Perspektiven, die sich für das Fleischergewerbe durch das Programm zur „Belebungs“ der Wirtschaft eröffnen, sind nicht rosig. Wie soll ein Konsument, dem sein Einkommen bis zu 25 Proz. und mehr gekürzt wird, daran denken können, seinen Fleischkonsum aufrechtzuerhalten? Fleisch und Wurst wird nur noch in bescheidenem Maße des Sonntags auf den Tisch kommen. Selbst eine Verbilligungsaktion für Fleisch für Minderbemittelte wird nicht dazu beitragen, daß sich der Fleischkonsum hebt.

Wie ist es in diesem Zusammenhang mit der Preis-, bzw. Verdienstspanne? Das Fleischergewerbe wehrt sich gegen den Vorwurf der unberechtigten Verdienstspanne, obwohl wir wissen, daß es noch nicht zu kurz dabei gekommen ist. Gerade durch die Verdienstspanne wird den Winkelexistenzen ihr Dasein ermöglicht.

Hoher Umsatz fördert hohen Verdienst, jedoch rechtfertigt geringer Umsatz keine hohe oder überhöhte Verdienstspanne. Im Endeffekt läßt sich erst dann ein hoher Umsatz erzielen, wenn die Kaufkraft vorhanden ist. Die kommende, zwangsläufige Entwicklung wird den bisherigen Fleisch- und Wurstwarenabsatz gewaltig reduzieren, und dabei sind auch die Arbeitnehmer im Fleischergewerbe die Leidtragenden.

Die Forschungsanstalt für Getreideverarbeitung

1902 wurde in Berlin die Versuchs- und Forschungsanstalt für Getreideverarbeitung gegründet. Hier sollte die Wissenschaft mit der Praxis verbunden werden, wozu erstmals die Chemie in die Dienste der Brotbereitung gestellt wurde. Die Anstalt befand sich bis 1923 in privaten Händen, unterstützt durch Subventionen vom Reich und Preußen. 1923 wurde vom Preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Forschungsanstalt übernommen.

Das Bäcker- und Mühlenhandwerk hat dieser „Hochschule“ außerordentlich viel zu verdanken. Nun soll sie infolge der allgemeinen Finanznot in den Ländern geschlossen werden, weil nach Ansicht des Ministeriums für diese Einrichtung kein Geld mehr vorhanden ist. Die Anstalt wurde zu den überflüssigen Instituten gezählt und wenn dieser Plan nicht revidiert wird, dann wird voraussichtlich in den nächsten Monaten die Hochschule stillgelegt werden. Die eigens für die Zwecke der Erforschung errichteten großen Baulichkeiten würden verfallen und bestimmt würde dadurch die preussische Regierung keinen Gewinn haben.

Vor etwa zwei Jahren wurde bereits mit dem Abbau begonnen, indem der angegliederte Mühlenbetrieb nur noch in einer kleinen Abteilung für Forschungszwecke ausgenutzt wurde. Warum damals den Vorstellungen der Interessenten aus Arbeiterkreisen und insbesondere unserer Organisation nicht Rechnung getragen wurde, den Betrieb kaufmännisch zu leiten, ihn voll auszunutzen und einen Teil des Mehlbedarfs für die in großer Anzahl bestehenden Kommunal- und Landesanstalten zu produzieren, das war jedermann unverständlich. Es würde bei einigermaßen durchgreifender Organisation ohne Schädigung der in Frage kommenden Handwerksberufe leicht möglich sein, die Mühle im vollen Umfange aufrechterhalten zu können.

Wenn wir bedenken, welche hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Erforschung in der Getreide- und Mehlverarbeitung vollbracht wurden, so muß man im höchsten Grade bedauern, daß nunmehr diese im Interesse der Volksernährung wichtige Einrichtung verschwinden soll. Das Unternehmen würde sich bestimmt aus eigener Kraft und ohne Regierungszuschüsse tragen, wenn nach kaufmännischen Grundsätzen gearbeitet würde. Das scheint aber nicht der Fall zu sein und so bedarf die Anstalt Subventionen aus Staatsmitteln. Es würde eine Kleinigkeit sein, eine vollständige Reorganisation vorzunehmen, natürlich müßten dann auch geeignete Kräfte für die Leitung bestimmt werden. Wird sich in letzter Minute diese Einsicht durchsetzen, um diese außerordentlich wichtige Einrichtung für das Bäcker- und Mühlenhandwerk erhalten zu können? Bestimmt würde auch der Reichsernährungsminister ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Forschungsanstalt haben. Die Wissenschaft ist noch längst nicht in alle Geheimnisse eingedrungen, die zur praktischen Auswertung bei der Brotversorgung dienen können.

Gewaltige Leistungen der Berliner Krankenkassen

Zu dem in Nr. 37 der „Einigkeit“ veröffentlichten Artikel „Eigenbetriebe der Ortskrankenkassen“ erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Verband der Krankenkassen Berlin war seit Jahren bemüht, für die erkrank-

ten Mitglieder der ihm angeschlossenen Kassen durch Eigenbetriebe Erleichterung der Krankheit und Gesundheit herbeizuführen. Dies ist durch geschulte Aerzte und entsprechendes Hilfspersonal geschehen. Der Verband unterhält in einer großen Anstalt folgende Abteilungen für Hydrotherapie, Gymnastik, Diathermie, Höhensonne und Röntgenologie. Hier sind neben 10 Aerzten 26 männliche und weibliche Massierer und Pflegepersonen sowie 22 Hilfskräfte für Büro und Verwaltung tätig. In Lankwitz, einer der schönsten Gegenden von Groß-Berlin, hat der Verband ein großes Krankenhaus mit 500 Betten, eigener Apotheke, Röntgen-Institut und großer Gärtnerei. Dort sind neben 21 Aerzten (darunter Kapazitäten), 92 Schwestern und Pflegepersonen und 118 Angestellte für das Büro und die Verwaltung tätig. Dazu kommt das Diagnostische Institut mit vier Nebenstellen. In der Zentrale wird eine Grundumsatz-, eine Liquor-, eine Wassermann-, eine Histologische, eine Blutbild-, eine Bakteriologische Abteilung und ein großes Laboratorium unterhalten. Neben 12 Aerzten walteten noch 47 weitere Personen hier im Interesse der Berliner Krankenkassenmitglieder ihres Amtes.

Die Schaffung der Ambulatorien wurde im Dezember 1923 beschlossen, als die ärztliche Versorgung der Krankenkassenmitglieder durch den damals von der Aerzteschaft eingeleiteten St. in Frage gestellt war. Bis zum 1. April 1924 waren in Berlin 30 Ambulatorien eingerichtet, die seinerzeit ausschließlich der Versorgung von Krankenkassenmitgliedern dienten. Als die Aerzteschaft zu diesem Zeitpunkt ihre vertragliche Tätigkeit wieder aufnahm, konnten die Ambulatorien neuen Aufgaben zugeführt werden. Die in dem Berliner Krankenkassenverband zusammengeschlossenen Krankenkassen sahen endlich die Möglichkeit als gegeben an, die Familienversicherung als freiwillige Leistung in ihre Satzungen aufzunehmen. Mit dem 1. Juli 1924 wurden die Berliner Ambulatorien die Träger der ärztlichen Versorgung der Familienversicherten. 1930 wurde die Familienversicherung durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 zur Pflichtleistung erhoben.

Die Entwicklung der Ambulatorien führte zur Erweiterung der ursprünglich vorhandenen Einrichtungen. Für die Bereitstellung aller diagnostischen Hilfsmittel und bestergerichteter elektro-physikalischer Behandlungsmöglichkeiten wurde Sorge getragen. Zur Zeit bestehen 37 Ambulatorien, von denen 9 mit 10 und mehr Aerzten, 7 mit 5—10 Aerzten und 21 mit weniger als 5 Aerzten besetzt sind. Die Gesamtzahl der in den Ambulatorien beschäftigten Aerzte beträgt zur Zeit 210.

Im Zusammenhang mit den Ambulatorien bestehen:

- 13 Institute für Röntgendiagnostik (Rö.-Durchleuchtung und -Aufnahme),
- 1 Institut für Röntgentherapie und Radiumbehandlung,
- 34 Institute für Höhensonnen-Bestrahlung,
- 33 Institute für Heißluft- und Lichtbehandlung,
- 35 Institute für elektrische Behandlung,
- 17 Institute für Diathermiebehandlung,
- 9 Inhalatorien.

Die Einrichtung der Ambulatorien ermöglichte es den Krankenkassen, ihren Aufgabenkreis nach der fürsorglichen Seite zu erweitern und auf diesem Gebiete die verschiedenartigsten Einrichtungen ins Leben zu rufen. Es bestehen zur Zeit

- 14 Schwangeren-Fürsorgestellen,
- 7 Beratungsstellen für Geburtenregelung, Sexualberatung, Eheberatung für Frauen,
- 1 Sportärztliche Beratungsstelle,

Das Kreuz, wofür dem Fleische sonst grauet,
Hast Du, wann es der Geist anschaut
Mit Zucker Deines Trosts bedeckt!

Dann folgen die Ordnungen des süßen Berufes,
die wir in Originalschreibweise wiedergeben. Es heißt:

„Ein Hoch-Edler-Fürsichtig und Hochweiser Rath, diesser dess Heyl. Röm. Reichs Statt Nürnberg, Unsere Herrl. Hochgebietende Herren, haben bereit den 15. July Anno 1637 denen Eingang alhiessigen Zuckerbachern, auf ihr damaliges Supplicirn und Bitten wie auch vorgebrachte Beschwerung, daß theils von denen Specerey-Händlern und andere, die das Zuckerbachen nicht ordentlich erlernen, ihnen in ihr Gewerh und Nahrung allerley Eingriff gethan und nicht allein den alten Werkzeug der verstorbenen Zuckerbacher Käuflich an sich gebracht, sondern auch gar von neuem machen lassen. Ueber dieses ihnen Zuckerbacher die Gesellen und Jungen abgespennt, und damit großen Schaden zugefüget, etliche Articul an, statt einer Ordnung mitgetheilet, und solche in nachfolgenden Jahren verbessert. Nachdem aber selbige durch nachfolgende Zeiten und Läuften sich merklich geändert haben, dero Hochadel. Herrl. Befohlen, solche zu durchgehen, und auf jezige Zeiten einzurichten und ist derselben Künftighin gehorsamlich gelobt und nachgegangen, auch darwider in Keine weiss gehandelt werden solle.

- 10 Orthopädische Turnkurse,
- 1 Kursus für sprachleidende Kinder,
- 1 Aerztliche Fürsorge- und Behandlungsstelle für nerven-, gemütskranke und schwer erziehbare Kinder,
- 1 Geschwulstfürsorge,
- 1 Soziale Fürsorge und
- 1 Aerztliche Beratungs- und Untersuchungsstelle für berufstätige Jugendliche.

Die Zahl der in den einzelnen Fürsorgeabteilungen beschäftigten Personen beträgt 35.

Die Gesamtverwaltung der Ambulatorien und der dazu gehörenden Einrichtungen untersteht der Geschäftsstelle der Ambulatorien, deren Tätigkeit von dem vom Verband der Krankenkassen Berlin eingesetzten Kuratorium überwacht wird.

Der Verwaltung der Ambulatorien sind noch weiterhin unterstellt:

- 1. die Frauenklinik und Entbindungsanstalt „Cecilienhaus“ sowie
- 2. die Beobachtungsstation Klinik Johannishof.

In Verbindung mit dem „Cecilienhaus“ steht das bereits angeführte „Institut für Strahlentherapie“, das mit zwei großen Röntgentherapieapparaten ausgerüstet ist und über einen beachtlichen Radiumfonds verfügt. Die Frauenklinik „Cecilienhaus“ verfügt über 187 Betten, einen klinischen Hörsaal. Die Zahl der im „Cecilienhaus“ beschäftigten Aerzte einschließlich der Volontäre beträgt 15, der Schwestern 25, des sonstigen Personals 40.

Die Klinik Johannishof ist für einen besonderen Aufgabenkreis eingerichtet worden; in ihr sollen solche Patienten Aufnahme finden, bei denen in der ambulanten Behandlung die Klärung des Krankheitsfalles und die Sicherung der Diagnose nicht möglich ist. Die klinische Beobachtung, die Möglichkeit diätetischer Maßnahmen bieten begreiflicherweise eine ganz andere Gewähr, schwierige Fälle diagnostisch zu klären. Die Klinik Johannishof verfügt über 43 Betten. Außer dem leitenden Arzt wird noch ein Assistenzarzt beschäftigt, weiterhin sind fünf Schwestern und sechs sonstige Angestellte (Köchinnen, Stations- und Büropersonal) tätig.

Die Innungskrankenkassen

Am 4. und 5. September fand die Tagung des Hauptverbandes der Innungskrankenkassen in Frankfurt a. M. statt. Es wurde berichtet, daß die Einnahmen pro Kopf des Mitglieds der Innungskrankenkassen 18,58 Mk. und die Ausgaben 17,67 Mark betragen, während im allgemeinen die Krankenkassen nach der Reichsstatistik pro Kopf 16,38 Mark eingenommen und 17,32 Mk. ausgegeben haben. Der Krankenstand in den Innungskrankenkassen beträgt 3,2 Proz. Mit dieser Gegenüberstellung werden jedoch diese Krankenkassen kein Geschäft machen können. Es kommen doch auch die Einrichtungen, die in den Ortskrankenkassen und Innungskrankenkassen bestehen, in Frage. Während der Krankenkassenverband, dem die Ortskrankenkassen angeschlossen sind, wie aus einem anderen Artikel zu ersehen ist, hervorragende Einrichtungen geschaffen hat, wird in den Innungskrankenkassen nur das geleistet, wozu sie gesetzlich verpflichtet sind. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es auf dem Gebiete der Krankenversicherung ein Verbrechen ist, die Zersplitterung in kleine und leistungsunfähige Kassen zu fördern. Solange aber die Möglichkeit zur Errichtung nicht lebensfähiger kleiner Innungskrankenkassen gegeben ist, wird für die Versicherungspflichtigen eine Schädigung entstehen müssen.

Was in Archiven ruht

Im Stadtarchiv zu Nürnberg befindet sich eine „Zuckerbacher-Ordnung“ aus dem 17. und 18. Jahrhundert, in der manches Interessante enthalten ist.

Da heißt es:

„Daß zur Näscherrey, Süßmännliche Handwerk der Zuckerbacher, hat schon lang ihr Handwerksgewohnheit und weil Ihnen durch etliche Weiber, so manche Handarbeit getrieben, großer Abbruch geschieht, haben sie viel Klagen vor Rath geführt und vermeint solches abzutreiben, allein der Bescheid ist wider ihr Vermuten nicht zu ihrem Besten erfolgt. Nemlich daß sich Niemand unterstehen solle „Cantirte Wahr oder Kesselarbeit“ als da ist das „Confect“ zu machen, die Handarbeit aber als das „Marcepan“, „Muscadtenbrodt“, „Grüben“ und dergleichen, mögen sie wohl machen und soll solchen Leuten unverbotten seyn.“

Ein Chronist zu Anfang des 18. Jahrhunderts führt uns in das edle Handwerk der „Zuckerbacher“ mit folgenden Versen ein:

In Christi theuren Wunden ligt
Die Süßigkeit die mich vergnügt.
Mein Gott! Du hast dem sauren Leben
Die höchste Süßigkeit gegeben.
In Dir, daß mir nichts bitter schmeckt

Zuerst sollen der Ordnung gemäß drei „Vorgeher“ gewählt werden, welches alle Jahre zu geschehen habe und welche wie heutzutage die Aufsichtsräte fungieren sollen. Ganz besonders sollen diese „Vorgeher“ gegen Verstöße gegen die Ordnung einschreiten. Es soll niemand verstattet sein, das Zuckerbachen auszuüben, wenn er es nicht ordentlich erlernt hat.

Ganz besonders mußten die Jungen sechs bis sieben Jahre in die Lehre gehen, wenn sie auch Lehrgeld geben mußten und war es strenge Vorschrift, sich bei dem sogenannten „Rugschreiber“ ein- und ausschreiben zu lassen; wer das nicht tat, durfte das Gewerbe nicht ausüben.

Erst nach Verlauf von vier Jahren konnte ein „Zuckerbacher“ noch einen anderen Jungen annehmen und einstellen, doch konnte man denselben „drey Monathe“ auf Probe behalten.

Ein Nürnberger oder Fremder mußte so lange im Gesellenstande zubringen, bis er „zehn Jahre auf der Zuckerbachelei“ gelernt hatte, darunter er drei oder wenigstens zwei Jahre auf der „Wanderung“ zugebracht haben mußte. Erst dann konnte er „Macht haben“, die „Zuckerbachelei“ zu treiben.

Wenn sich aber einer in Nürnberg nun als „Bürgerlicher“ niederlassen wollte, mußte er den Nachweis erbringen, daß er außer seinen Lehr- und Gesellenjahren acht Jahre auf der Wanderschaft gewesen war. Dann mußte er abermals vier Jahre noch bei einem oder zwei Meistern arbeiten, um

Versorgung Deutschlands mit Fischkonserven

Neben der Versorgung mit Frischfischen spielt der Konsum von Fischkonserven keine geringe Rolle. Ist doch die Fischkonservenindustrie zu einem beachtlichen Zweig der Volkswirtschaft angewachsen. Nach der Betriebszählung 1925, die inzwischen überholt ist, bestanden 976 Betriebe mit 9268 Arbeitnehmern. Etwa die Hälfte der Betriebe hatten 1 bis 3 Arbeitnehmer. Es handelte sich überwiegend um Kleinbetriebe.

Nun veranstaltete das Statistische Reichsammt in den Jahren 1929 und 1930 eine Teilerhebung für die Fischindustrie, die ergab, daß 471 Betriebe vorhanden waren. Es bestehen aber weit mehr fischindustrielle Betriebe. Auch wird gegenüber 1925 die Wirtschaftskrise zu einer beträchtlichen Verschiebung beigetragen haben. In diesen ermittelten Betrieben wurden 1930 197 740 000 kg Fische verarbeitet. Sie kamen als frische, gesalzene, gefrorene, getrocknete oder konservierte Ware in den Handel, die einen wertmäßigen Betrag von 124 743 000 Mk. ergab. Die Produktion sowie die wertmäßige Ausbeute ist aber bedeutend höher. Neben dieser einheimischen Produktion ist die Zufuhr zubereiteter Seefische und Fischkonserven eine recht starke. 1931 wurden 9 950 000 kg zubereitete Fische im Werte von 9 325 000 Mk. eingeführt, wozu noch die Einfuhr von 12 208 000 kg Fischkonserven im Werte von 13 438 000 Mk. kommt. Die Einfuhr stieg gegenüber der Vorkriegszeit um 3 500 000 kg, d. i. um das Vierfache. Von dieser Einfuhr wiederum sind die portugiesischen und spanischen Oelsardinen und die norwegischen Heringskonserven am meisten begünstigt, wovon 10 321 500 kg Oelsardinen im Werte von 11 248 000 Mk. und 1 374 100 kg norwegische Fischkonserven im Werte von 1 508 000 Mk. eingeführt wurden. Alle anderen Länder, die als Lieferanten Deutschlands in Frage kommen, bleiben hinter diesen Zahlen weit zurück. Insbesondere bringen Spanien und Norwegen ihre Waren 60 bis 68 Prozent billiger auf den Markt als die übrigen Länder Europas. Neben der Einfuhr von Fischkonserven wurden zum Zwecke der industriellen Verwertung im Jahre 1931 weitere 128 539 000 kg Heringe im Werte von 22 974 000 Mark eingeführt.

Wie bekannt und von uns mehrmals betont, machen sich auch in der Fischindustrie Bestrebungen bemerkbar, die durch hohe Zölle immer mehr zur Autarkie überleiten wollen. Die Tendenz geht dahin, die ausländische Konkurrenz auszuschalten und die deutsche Eigenproduktion zu heben. Dazu aber gehören zwei Voraussetzungen, die vorerst noch nicht vorhanden sind: die Beschaffung einwandfreien und in genügender Menge vorhandenen Rohmaterials und geeigneter Betriebsräume, wie auch die Anpassung an den Geschmack der Konsumenten. Es darf nicht übersehen werden, daß uns das Ausland in bezug auf Oelkonserven weit überlegen ist, so begrüßenswert der deutscherseits eingesetzte Wettstreit ist, die Güte und Qualität der ausländischen Fabrikate zu erreichen.

Fleischergewerbe in Braunschweig

Eine Statistik.

Einen interessanten Einblick in die Struktur des Fleischergewerbes im Freistaat Braunschweig gewährt die Handwerkskammer mit ihrer Statistik, die soeben veröffentlicht wurde. Es wurden 885 Fleischereibetriebe ermittelt, darunter 631 Motorenbetriebe mit 2036,9 PS. Festgestellt wurden 858 männ-

liche und 33 weibliche Betriebsinhaber, von denen 632 einer Innung angehören und 631 als Hausbesitzer in Frage kommen. Die Zahl der Beschäftigten wird mit 536 männlichen Gesellen, 35 ungelernen Arbeitern und 167 Angestellten angegeben. Hinzu kommen 53 mithelfende Familienangehörige und 278 männliche Lehrlinge. Die Zahlen sind sehr aufschlußreich. Weil nur von „männlichen“ Gesellen und Lehrlingen gesprochen wird, müssen auch weibliche vorhanden sein. Neben 536 Gesellen werden

278 Lehrlinge beschäftigt. Weit mehr als die Hälfte der Gesellen sind Lehrlinge im kleinen Lande Braunschweig. Rechnen wir die vorhandenen Wurstfabriken ab, die keine Lehrlinge beschäftigen dürften und die auch den größten Teil der beschäftigten Gesellen stellen, dann ergibt sich, daß die hohe Zahl der Lehrlinge ausschließlich im Klein-Fleischergewerbe ausgebildet werden. Ebenso lehrreich ist auch die Zahl der 530 „mithelfenden“ Familienangehörigen. Es wird sich hierbei in der Hauptsache um Meistertöchter handeln, denn sofern Söhne praktisch tätig sind, werden sie in der Gruppe „Gesellen“ aufgeführt sein.

Die Handwerkskammer Braunschweig stellt in ihrer Statistik fest, daß gegenüber den Ergebnissen des Enquete-Ausschusses vom Jahre 1926 rund 10 000 Arbeitnehmer im gesamten Handwerk weniger beschäftigt werden, unter denen sicher auch viele sind, die dem Fleischergewerbe angehören und ein Opfer der Wirtschaftskrise wurden.

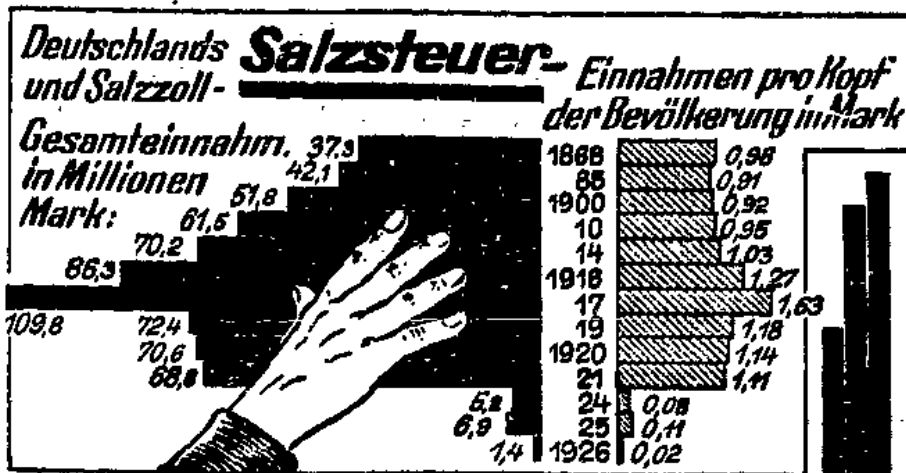
Kampf der Verwirrung!

Noch nie sind unsere Führer mit gehässigeren Verleumdungen beschimpft worden, als in gegenwärtiger Zeit. War es schon immer ein schweres und undankbares Amt, Arbeiterführer zu sein, so übertrifft das heute noch alle Vorstellungen. Die Langmut dieser wackeren Männer, die jahraus, jahrein hämischen Beobachtungen, gehässiger Kritik und Fluten von Schlamm und Lügen ausgesetzt sind, ist zu bewundern. Dennoch halten sie die Zügel fest in der Hand. Wieviel Lebensglück das oft kostet! Wieviel Gesundheit und Nerven, davon macht sich der Uneingeweihte kaum einen Begriff.

Warum werden unsere Führer nicht einmal müde und ungeduldig? Warum werfen sie nicht die Flinte verbittert ins Korn? Warum gehen sie nicht zu den Demagogen und Nörglern und Schwätzern und sagen: „Wenn ihr das alles besser wißt, so macht ihr es eben“ —? Weil sie nicht können! Weil sie ihre Sache, der sie ein Menschenleben hingebungsvoll dienten, glühend lieben wie am Anfang! Weil sie das, was sie in jahrzehntelanger, aufreibender Kleinarbeit mühsam vollbrachten, nicht preisgeben dürfen! Weil auch in Zeiten des Sturmes und der Gefahren ihre Losung bleibt: „Vorwärts! und: Hindurch!“ Und endlich: Weil sie glauben an den Sieg sozialistischer Ideen! Weil sie glauben an den Sieg des Geistes und der Vernunft! Weil sie glauben, trotz alledem und trotz des Ungeistes, der heute in deutschen Landen Triumphe erlebt — — —

Das Wort „Messias“ hat im Laufe der Jahrzehnte nichts eingebüßt von seiner geweihten Würde. Viele falsche Propheten und Unwürdige bedienen sich aber seiner. Das Wort „Arbeiterführer“ — ist es nicht zum verworrenen Zerrbegriff geworden nach alledem, was sich in den letzten Jahren hier „Arbeiterführer“ nannte? Wer ist Führer der werktätigen Massen? Der den Mund am vollsten nimmt? Der immer nur bemängelt, aus „Prinzip“, aber jede sachliche Arbeit ablehnt? Der mit seiner oft recht mangelhaften politischen Anschauung widerliche, marktschreierische Reklame und zweifelhafte Geschäfte macht? Der unerfahrene, verzweifelte Menschen zu sinnlosen Taten aufreizt, um sie dann feig im Stich zu lassen? — Oder ist ein „Arbeiterführer“, der mit Prinzen und schwerreichen Industriellen an prunkvoller Tafel speist, der in eleganten Autos fährt, in teuren Luxushotels lebt und sich Paläste baut? Welch blutiger Hohn für die Arbeiterschaft! Welch unglaubliche Verächtlichmachung und Beleidigung einer anerkannten Wissenschaft, wie es der Sozialismus ist! — Oder sind die Tausende von Proleten durch Not und Chaos soweit gekommen, daß sie bewußt ins Verderben taumeln, wie der nächtliche Falter ins blendende Licht? — Die deutschen Arbeiter genießen Welt- ruf, in freier Beziehung die fortschrittlichsten und kampferprobtesten zu sein. Wie war es daher nur möglich, daß sie in so großer Zahl einem Hitler Gefolgschaft leisten konnten? Es ist Massensuggestion. Die Nazipartei, die so rasch aus dem Erdboden schoß, ist eine Gefahr für die organisierte Arbeiterschaft, die nicht unterschätzt werden darf. Darum gilt es heute mehr denn je, doppelt wachsam und mit verstärkter Energie tätig zu sein. Daß die Existenzdauer dieser extremen Partei im Gegensatz zur Sozialdemokratie eine zeitlich beschränkte ist, dessen sind wir uns gewiß! Wir erlebten das blitzschnelle äußere Gedeihen einer Bewegung. Wo aber blieb die viel wichtigere innere, alles umfassende Entwicklung? Wo ihre geistigen und sittlichen Strömungen? Vergessen wir nicht: Unkraut wuchert! Eine edle Pflanze hingegen bedarf sorgfältiger und zeitraubender Pflege!

Fest und unerschütterlich im tollen Durcheinander der Meinungen und Parteien steht die Sozialdemokratie mit den freien Gewerkschaften. Mag es in unserer Millionenbewegung auch hier und da einige geben, die innerlich nicht gefestigt genug sind, auch in schweren opferheischenden Zeiten zu uns zu stehen, mögen sie bei guter Gelegenheit abtrünnig werden. Fühlbaren Schaden haben einzig und allein jene Wankelmütigen selbst, nicht die Gesamtbewegung. E.



Die Salzgewinnung der Welt

Im letzten Berichtsjahr wurden gewonnen:

1 Rußland..... 3432	18 Tschechoslowakei..... 172
2 Verein. Staaten 3327	19 Ägypten u. Sudan 164
3 Deutschland..... 2956	20 Tunis u. Algerien 120
4 China..... 2447	21 Siam..... 119
5 Großbritannien 2006	22 Griechenland..... 105
6 Brit. Indien u. Aden 1737	23 Schweiz..... 87
7 Spanien..... 1079	24 Südafrika..... 84
8 Frankreich..... 931	25 Österreich..... 81
9 Italien..... 860	26 Südaustralien..... 78
10 Japan u. Formosa 810	27 Philippinen..... 71
11 Polen..... 618	28 Jugoslawien..... 65
12 Nied.-Ostindien 515	29 Niederlande..... 51
13 Rumänien..... 505	30 Chile..... 35
14 Indochina..... 255	31 Peru..... 33
15 Kanada..... 244	32 Bulgarien 29
16 Türkei..... 239	33 Portugal..... 28
17 Argentinien..... 198	34 Ceylon..... 26

Gewinnungszahlen in je 1000 Tonnen!

Neben anderen weitgehenden Belastungen hat die Papen-Regierung dem deutschen Volk auch die seit 5 Jahren aufgehobene Salzsteuer erneut beschert. Diese Produktionssteuer, über deren Einnahmenentwicklung 1868 bis 1926 der obere Teil unserer Bildstatistik Aufschluß gibt, wird durch Buchkontrolle bei Erzeugern und Großhändlern gesichert. Das Schaubild zeigt weiter den Anteil der einzelnen Länder an der Salzgewinnung der Welt; das lebenswichtige Mineral wird in verschiedener Form gewonnen. So in Deutschland und den meisten Ländern Europas als Stein- und Siedesalz (hauptsächlich als absatzfähiges Steinsalz einschließlich des aus Rückständen der Kaliwerke gewonnenen Salzes), in Frankreich, Italien, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland und vielen Ländern der Uebersee aber auch in teilweise erheblichem Umfange als Meersalz oder aus Salzteichen. In Europa steht Deutschland als Salzlieferant an weitaus erster Stelle und es nimmt auch hierin auf dem Weltmarkt eine wichtige Stellung ein. Gewaltige Salzlager ruhen noch im Schoße der norddeutschen Tiefebene und um Magdeburg wird fast die Hälfte des deutschen Steinsalzes gewonnen und trotz des gewaltigen Abbaues verfügt Deutschland noch über Steinsalzvorräte, die für Tausende von Jahren ausreichen.

Den Staaten, die sich aus dem Salzgewerbe eine einträgliche Einnahmequelle schufen, hat sich Deutschland unter der Herrschaft der Barone also wieder angeschlossen — ein neuer empfindlicher Rückschritt!

Eine große Konkurrenz bildeten zur damaligen Zeit die „Apotheker“ und „Materialisten“, welche oft den „Zuckerbäckern“ das Gesinde abspenstig machten.

Auf gute, gerechte und frische Ware wurde besonders gesehen „und sollte man sich befleißigen, den Abkaufern für Ihr Geld gute Ware zu geben“, heißt es in einem weiteren Artikel.

Auch ging man in jenen Zeitläuften den „Hausierern“ stark zu Leibe und war es den Marktaufsehern besonders anempfohlen, daß sie den „Herumträgern“ zuerst warnen sollten, und wenn dieselben nicht darauf achten sollten, ihre Waare zu confiscieren!

Die Ratsverlässe vom Jahre 1690 (12. Juni), vom Jahre 1727 (datiert 4. April) und vom Jahre 1734 (3. November) brachten zu diesen Ordnungen immer noch einige Abänderungen, daß z. B. die Zahl der Zuckerbäcker nicht über 36 und 40 betragen solle. Ferner soll es einer Zuckerbäckerwitwe freistehen, einen gelernten oder fremden Gesellen zu ehelichen. Auch an leibliche Söhne konnte das Geschäft sofort übergeben werden. Ebenso konnten Kostgelder für Lehrlinge angenommen werden.

Bei Aufgabe des Gewerbes erfolgte die Anzeige bei dem „Rugs-Amt“ und war es bestimmt, daß die ältesten Gehilfen nicht übergangen werden sollten, wenn einer eben dann das vakante Geschäft übernehmen würde. Gg. F.

erst dann sich beim „Rugsamt“ einschreiben lassen zu können, und nach dieser Zeit konnte er erst ein Geschäft anfangen, wenn sich nicht Gelegenheit bot, eine „Wittib“ zu ehelichen.

Überhaupt konnte damals keiner die Zuckerbäckerei ausüben, wenn er nicht „Ehelich verheiratet und Hochzeit gehalten“ hatte. Wer anders handelte, mußte zehn Gulden „Straffe“ bezahlen.

Die „Zuckerbäckermeister“ waren angewiesen, nur solche Gesellen einzustellen, welche ein „Testimonium“ vorzeigen konnten, daß sie „redlich und ehrlich“ fünf bis sechs Jahre das Gewerbe erlernt hatten.

Sollte ein Geselle bei einem „Juden oder Welschen“ gelernt haben, dann muß ihn der Meister fortschicken!

Die Kündigungszeiten bewegten sich zwischen sechs und acht Wochen, dann erst konnte der Geselle in andere „condition“ treten.

Einer „Zuckerbäckerwittib“ war es erlaubt, solange sie noch im „unverrückten“ Wittibstande blieb, mit einem Jungen neben einem Gesellen das Gewerbe fortzuführen. Selbstredend wurden die Wittfrauen auch zur „Anlage“ d. h. Steuer herangezogen, die sich aber nur mit der Handarbeit ernährten, waren davon befreit. Ganz besonders bedachten die „Ordnungen“ der hinterbliebenen Kinder. Streng verboten war es, die Mägde oder andere Weibspersonen zur Zuckerbäckerei heranzuziehen.

